Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes (Plenarsitzung vom 20.07.2011)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ellerbrock. Das war ja wie früher. – Als Nächster spricht für die Fraktion Die Linke Herr Abgeordneter Sagel.

Rüdiger Sagel[*)] (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für eine unsoziale Steuersenkungspolitik steht die Linke mit Sicherheit nicht zur Verfügung. Mit diesem Kuhhandel, den Sie in Berlin ausgehandelt haben, versuchen Sie lediglich, die FDP in irgendeiner Form zu reanimieren.

(Armin Laschet [CDU]: Wer reanimiert denn euch?)

– Wir brauchen das nicht. Wir sind stark genug, aus eigener Kraft voranzuschreiten. Machen Sie sich keine Sorgen.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Gesetzentwurf zeigt, dass wir durchaus durchsetzungsfähig sind. Von daher bin ich sehr optimistisch.

Dieser Gesetzentwurf hat eine längere Reise hinter sich. Deswegen wird dieser erst heute verabschiedet.

Wir sind aus Sicht der Linken mit dem, was wir hier erreicht haben, sehr zufrieden. In Nordrhein-Westfalen gibt es über 500 Millionen m³ Sümpfungswässer. Davon gehen zwei Drittel auf RWE/Rheinbraun zurück. RWE-Power hat letztes Jahr – ich erwähne das, um die Größenordnung deutlich zu machen – einen Nettoreingewinn nach Steuer von 3,75 Milliarden € gemacht. Die werden jetzt etwa 15 bis 20 Millionen € für das Grundwasser bezahlen müssen, was sie hier verschwenden. Das macht ein bisschen die Relation deutlich. Sie sprachen ja von einem Untergang der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Es wird auch nicht so sein, wie Sie das öfter im Ausschuss erzählt haben, dass Betriebe geschlossen würden oder woanders hingingen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich einen Großtagebau unter den Arm klemmt und nach Österreich oder wo auch immer hingeht. Das wird in der Realität nicht funktionieren. Von daher wurde in dieser Debatte vonseiten CDU und FDP sehr viel Unsinn verkündet.

Ich bin ja schon etwas länger im Landtag und kann mich noch sehr gut an den Wahlkampf 2004/2005 erinnern. CDU und FDP haben damals gesagt, die erste Maßnahme, wenn sie Regierungsverantwortung tragen, sei, das Wasserentnahmeentgelt abzuschaffen. Was haben Sie

gemacht? – Sie haben es nicht abgeschafft. Sie wollten es auslaufen lassen, aber Sie haben es nicht abgeschafft. Deshalb haben wir es aktuell immer noch. Immerhin 78 Millionen € kommen dadurch in den Landeshaushalt.

Aus unserer Sicht ist es ein Ziel, die Einnahmesituation des Landes Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Wenn man Entgelte bzw. Steuern erhebt, wie wir es gleich noch erleben werden, muss man natürlich schauen, wen man besteuert und wofür Geld eingesammelt wird. Es ist eine durchaus sinnvolle und vernünftige Maßnahme, wenn man gerade zum Beispiel RWE heranzieht, sich an den ökologischen Dingen zu beteiligen, die damit finanziert werden.

Sie kommen immer wieder mit der Argumentation der Gerichtsfestigkeit. Ich sehe nicht, warum es nicht gerichtsfest sein soll. Die Änderungen, die wir im Übrigen sehr ausführlich in zwei Anhörungen behandelt haben, haben deutlich gemacht, dass wir gerade keine Ausnahmetatbestände haben. Deswegen bin ich sehr optimistisch, dass wir – wenn es dazu kommen sollte – vor Gericht sehr wohl mit diesem Gesetz bestehen werden, was SPD, Grüne und Linke heute gemeinsam verabschieden werden. Von daher ist auch diese Sorge völlig unbegründet, glaube ich.

Aus Sicht der Linken kann ich nur sagen: Es ist ökologisch sinnvoll. Es ist eine Maßnahme, die die Einnahmesituation des Landeshaushalts stärkt. Es ist eine Maßnahme, die die Richtigen trifft und dafür sorgt, dass der Landeshaushalt eine Unterstützung von den Richtigen und in die richtige Richtung erfährt. Wir haben als Linke immer gesagt, wir wollen die Einnahmesituation verbessern. Dafür sorgen wir jetzt mit diesem Gesetz.

CDU und FDP haben in den letzten Jahren eine Kaputtsparpolitik gemacht, obwohl sie die Nettoneuverschuldung um 23 Millionen € erhöht haben. Auch wenn Sie immer wieder gegen diese Zahl reden – Sie haben diesen Haushalt noch weiter in die Verschuldung getrieben. Wir sorgen mit unseren Kräften als Linke dafür, dass wir die Einnahmesituation verbessern. Das ist vernünftig, sinnvoll, sozial und auch ökologisch. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.